



RUSSLAND UND DER WESTEN

■ Von den Herausgebern	
На дачу - in die Sommerpause	2
<hr/>	
■ Analyse	
Eine Wertelücke zwischen Russland und dem Westen?	
Vorläufige Anmerkungen zu einem schwierigen Diskurs. Diana Schmidt, Belfast	2
■ Grafik zum Text	
„Terrorismus, Zivilgesellschaft, Demokratie, Korruption“	5
■ Dokumentation	
Europäische oder Russische Demokratie? Zitate aus den letzten Monaten	6
Putins Botschaft an die Föderalversammlung (Auszug)	7
■ Umfrage	
Russland und der Westen: Das politische Verhältnis	10
Russland und die westliche Kultur	13
Russland und der Westen: Das Gesellschaftsmodell	15
Russland und Europa in der russischen Wahrnehmung 2000	17
<hr/>	
■ Chronik	
Vom 9. bis zum 16. Juni 2005	18

Von den Herausgebern

На дачу - in die Sommerpause

Die „Russlandanalysen“ machen im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Nummer – Russlandanalyse 71 – erscheint am 4. September 2005. Geplant sind u.a. Berichte über die russische Elektrizitätswirtschaft und die Beziehungen zwischen Russland und Georgien.

Wir möchten unsere Leser darauf aufmerksam machen, dass in der Woche vom 25. bis 30. Juli der Weltkongress für Osteuropastudien in Berlin stattfindet. Dort ist eine gute Gelegenheit, sich über den Stand der internationalen Osteuropaforschung zu informieren. <http://www.iccees2005.de>
Im Übrigen wünschen wir unseren Lesern schöne Ferien und eine gute Erholung.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Eine Wertelücke zwischen Russland und dem Westen?

Vorläufige Anmerkungen zu einem schwierigen Diskurs

Diana Schmidt, Belfast

Zusammenfassung

Seit 2003–2004 wächst die westliche Kritik am Zustand der Demokratie in Russland. Dabei offenbart sich eine Kluft zwischen westlichen und russischen Demokratieentwürfen – und zwischen den Vorstellungen von Europäischer Union und USA. Die russische Seite besteht ihrerseits auf Souveränität – auch im Bezug auf Wertedefinitionen. Der gegenwärtige internationale Diskurs um demokratische Werte in Russland gibt allerdings eher Aufschluss darüber, wie sich die Opponenten selbst und das Gegenüber wahrnehmen. Außenpolitische Interessen vermischen sich mit der Diskussion der Rolle von demokratischen Werten.

Ist in Russland immer alles anders?

Was aus westlicher Perspektive als undemokratisch angesehen wird, stellt jedoch aus russischer Sicht mitunter einen Demokratisierungserfolg dar – und *vice versa*. Zum Beispiel wird die Jelzin-Ära, im Westen allgemein als Demokratisierungs- und Pluralisierungs-epoche betrachtet, von der russischen Bevölkerung als eine chaotische, von zahlreichen Wirtschaftskrisen und elitären Machtkämpfen durchzogene Phase empfunden. Der Putin-Ära dagegen erscheint als Phase der Durchsetzung demokratischer Rechte und Freiheiten. Die Legitimierung eines „starken Staates“ erfolgt nicht als Ergebnis einer Demokratiediskussion, sondern mit Blick auf die Reduzierung von Kriminalität und Chaos. Die Niederlage liberaler Parteien bei den Wahlen im Jahre 2003 – für den Westen eine Zurückdrängung von Kräften, die für demokratische Werte stehen – wird in Russland auch als ein Sieg über extremistische Tendenzen gewertet.

Gesetzesreformen, die aus westlicher Perspektive als undemokratisch bewertet werden, stoßen in der russischen Öffentlichkeit kaum auf Widerspruch, sei es weil sie in der Praxis kaum zur Wirkung kommen, sei es weil ihnen eine andere Bedeutung zugeschrieben wird (z.B. die Regulierung der Medien als Gegenmittel

zur „Privatisierung der Macht“). Die Menschenrecht sverletzungen in Tschetschenien, das problematische Verfahren gegen Chodorkowski oder die Maßnahmen zur weitgehenden Stärkung staatlicher Obrigkeit werden von russischer Seite nicht als Absage an ein stabiles und demokratisches Russland gewertet, sondern als eine Politik, die die Rückkehr zum Chaos der 1990er Jahre verhindert.

„Demokratie“ – in Bratislava ein wichtiges Randthema

Diese Wahrnehmungsunterschiede finden in den letzten Jahren einen Niederschlag im internationalen Dialog. Erstmals wurden im Vorfeld des Treffens der Präsidenten Bush und Putin in Bratislava (24. Februar 2005) deutliche Bedenken hinsichtlich mangelnder Demokratisierung und drohenden Autoritarismus in Russland laut. Während des Gipfels wurde diese Kritik allerdings nur in abgeschwächter Form geäußert: es ging hauptsächlich um beiderseitig interessierende Fragen von atomarer Sicherheit, Terrorbekämpfung, des WTO-Beitritts und der Energiekooperation. Dennoch stieß die amerikanische Regierung eine internationale Wertediskussion an. Bush betonte, es sei sehr wichtig, dass alle Nationen die Werte der Demokratie verstün-

den. Putin bekräftigte seinerseits, Russland habe eine Grundsatzentscheidung zugunsten der Demokratie getroffen und es gäbe kein zurück mehr.

Der Pluralismus ‚westlicher‘ Demokratievorstellungen

Allerdings gibt es im Westen einen Pluralismus von Demokratieverständnissen. Die USA präsentieren einen föderalen und präsidentiellen Staat, in der EU sind Staaten mit sehr unterschiedlichen Regierungssystemen vereint. Des Weiteren werden auch die verschiedenen Elemente von Demokratie unterschiedlich gewichtet. Für Russland betonen die USA einen Bedarf an Rechtsstaatlichkeit, am Schutz für Minderheiten, einer notwendigen Balance zwischen Zivilgesellschaft und Staat sowie an Pressefreiheit. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben die USA ihre Beziehung zu Russland vor allem auf die Unterstützung von Demokratie ausgerichtet. Strategische Partnerschaft trat dagegen zurück. Dementsprechend wirkt sich die Wahrnehmung, dass die gemeinsamen Visionen und gemeinsamen Werte abhanden gekommen sind, und dass Putin nicht mehr als Demokrat angesprochen werden kann, auf die Beziehungen aus. Die Partnerschaft der beiden Staaten wird dadurch belastet. Demgegenüber hat die EU Demokratisierung und Marktwirtschaft gleichermaßen betont. Auch wenn beide Prozesse selbstverständlich als zwei Seiten derselben Medaille angesehen werden, werden Diskussionen um Werte und strategische Partnerschaft hier doch anders gewichtet.

Europäischer Pragmatismus?

Die EU hat zwar die Aufgabe der Demokratisierung Russlands rhetorisch stets betont, praktisch jedoch nur einen relativ geringen Anteil der materiellen Hilfe in die Umsetzung demokratischer Reformen geleitet. Pragmatischere Fragen der strategischen Partnerschaft, insbesondere der Sicherheit und der Energiepartnerschaft, standen und stehen im Vordergrund. Dies manifestiert sich in einer Reihe Strategiepapiere, Abkommen und gemeinsamer Gremien. So gibt es regelmäßige Gipfeltreffen, einen Permanenten Partnerschaftsrat (PPC), ein Kooperationskomitee, eine Delegation der Europäischen Kommission und Tacis-Büros in Russland.

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU stellen sich allerdings als ausgesprochen komplex dar, denn die EU ist kein monolithischer, sondern ein multipler Akteur, dessen einzelne Mitgliedsstaaten (bzw. deren Repräsentanten) auch autonom durchaus verschiedene Einstellungen vertreten. Da jedes Land neben der gemeinsamen „EU-Position“ auch eine eigene Außenpolitik hat (man denke an das Beispiel Irak), kann es auch in den Beziehungen zu Russland eine eigene Agenda verfolgen. So suchen einige EU Mitgliedsstaaten – wie z.B. Deutschland, Frankreich oder Spanien – gemeinsame Positionen und eine neue langfristige und multilaterale Partnerschaft mit Russland, um den „Schlüssel zu Frieden, Demokratie,

und Rechtsstaatlichkeit“ (Chirac) auf dem europäischen Kontinent zu finden.

Deutsche Politik in der Kritik

Im offiziellen Diskurs des EU-Mitgliedstaates Deutschland ist die Betonung des guten, primär wirtschaftlichen, Nachbarschaftsverhältnisses noch ausgeprägter. Bundeskanzler Schröder vermeidet jegliche Kritik an der russischen Politik, ungeachtet der Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit, in der die ambivalenten politischen Reformen, die Beschränkung der Pressefreiheit, Russlands Position bei den Wahlen in Tschetschenien oder der Ukraine und der Chodorkowski-Prozess wachsende Besorgnis erregt. Ende letzten Jahres bezeichnete der Bundeskanzler Putin gar als „lupenreinen Demokraten“ und bestand darauf, dass dieser Russland in eine Demokratie umwandeln wolle und „dass er dies aus tiefer Überzeugung tut.“

Von Menschenrechtsgruppen – aber auch aus den Reihen der eigenen Partei – kommt zunehmend Kritik an dieser Politik, der man unterstellt, sie folge dem Prinzip „Markt vor Moral“.

Wandel im Laufe der Zeit: EU (und internationaler) Diskurs

Wie schwer sich die EU in ihrem Verhältnis zu Russland tut, wird deutlich, wenn man den offiziellen EU-Diskurs analysiert. Das Thema Demokratie wird im offiziellen EU-Diskurs in den letzten Jahren eher vermieden. Demokratie wurde weder als gemeinsames Prinzip in den „vier Räumen“ deklariert, noch im Zusammenhang mit den „Bereichen der Zusammenarbeit“, die der russischen Öffentlichkeit von der Moskauer EU-Delegation vorgestellt werden. Hier wird Demokratie nur in Bezug auf die Tacis und EIDHR Förderung erwähnt, sowie in der Selbstbeschreibung der EU: „Die EU ist eine Familie demokratischer europäischer Länder“. Eine Einordnung Russlands bleibt aus. Es wird weiter ausgeführt, dass das Partnerschaftsabkommen „auf gemeinsamen Prinzipien wie Marktwirtschaft, politischer und wirtschaftlicher Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit basiert“, ohne jedoch die demokratische Konsolidierung zu erwähnen, die im EU-Russland-Abkommen anvisiert wurde. Die Relevanz der Osterweiterung 2004 wird öffentlich nur in Bezug auf wirtschaftliche Aspekte kommentiert.

Nachdem die internationale Kritik an der Regierung Putin in jüngster Zeit zunimmt, spiegeln sich diese Bedenken allmählich auch im EU-Diskurs. Damit knüpft man wieder an die ursprünglichen Zielsetzungen an. So war Demokratie eines der erklärten Hauptziele der Tacis-Förderung wie auch der Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Russlands Ziele dagegen waren eher wirtschaftlicher Natur. Die Rhetorik russischer Stellungnahmen richtete sich jedoch anfangs stark an den westlichen Programmen aus. In letzter Zeit reagiert die russische Seite aber mit wachsendem Unmut auf westliche Ansprüche an das politische System und betont die

potentielle Gefährdung des Partnerschaftsverhältnisses. Zugleich stellt sie im Hinblick auf die Wertefrage zunehmend die eigene, russische Position heraus.

Ansprüche – Praxis – Reaktionen

Nicht nur die Politik, auch die Wissenschaftler haben sich schwer getan. Russland wurde zu lange als Transformationsland gesehen, das man selbstverständlich auf dem Wege in Richtung Demokratie wähnte. Der Bruch mit der sowjetisch-autoritären Vergangenheit schien nur den Weg in die demokratische Konsolidierung offen zu lassen. Mehr als zehn Jahre wurde Russland als „Demokratie mit Adjektiven“ klassifiziert. Die vorgeschlagenen Subtypen reichten von „unkonsolidierter“, „unperfekter“, „delegativer“, „defekter“, „partieller“, „illiberaler“ bis hin zu „Pseudo-Demokratie“. Erst spät, als mit der systematischen Beseitigung der *checks and balances* unter Putin ungewiss wurde, ob Russland den Pfad der Demokratisierung nicht schon verlassen hatte, begann man zögerlich Kritik zu üben. Schließlich setzte sich aber die Auffassung durch, dass man nicht nur die Adjektive, sondern das gesamte Konzept auswechseln müsse: *Governance* in Russland wurde nun als „verdeckter Autoritarismus“, „Neo-Autoritarismus“ und schließlich als „konsolidiertes bürokratisch-autoritäres Regime“ kategorisiert.

Russland als wehrhafte Demokratie in Europa?

Die russische Seite reagiert auf diesen Perzeptionswechsel mit wachsender Gereiztheit. Man leugnet einerseits ab und besteht andererseits auf der eigenen Souveränität – auch im Bezug auf Wertedefinitionen. Folgt man dem Präsidenten und den Äußerungen seiner Minister gibt es keine Gefahren für die russische Demokratie.

Putin bestreitet Pläne zu hegen, durch weitere Reformen der russischen Regierungsstruktur mehr Macht an sich zu reißen oder die Verfassung zu ändern. Vielmehr strebe er ein ausbalanciertes Regierungssystem an. Zur Rechtfertigung umstrittener Reformmaßnahmen verweist er immer wieder auf die erreichten wirtschaftlichen Erfolge

Gewiss entspricht diese Position nicht einer Sichtweise, die Pluralismus, faire Wahlen und dezentralisierte Politik als wichtige Elemente von Demokratie versteht. Gleichzeitig nähert sie sich aber Positionen an, die als Grundvoraussetzungen von Demokratie Wohlstand und ein Mächtigegleichgewicht betonen, die Monopolisierung von Macht durch einzelne Einflussgruppen dagegen als eine Grundgefahr für moderne Demokratien ansehen. Unter einem solchen Blickwinkel bewertet Putin den Zustand der Demokratie in Russland positiv und unterstreicht die großen Fortschritte.

In Putins diesjähriger Botschaft an die Föderalversammlung finden sich entschieden mehr Referenzen zu Demokratie als in den Jahren zuvor (vgl. Seite 5). Der Präsident ging vorrangig auf die innenpolitische Lage ein, lieferte aber zugleich eine Werte-Positionierung Russlands im internationalen Kontext

– welche sowohl Distanzierung vom westlichen Diskurs als auch Zugeständnisse an ihn umfasst. Zum einen betont der Präsident, dass Russland als größte europäische Nation seine Demokratievorstellung und die entsprechende Fortschrittsgeschwindigkeit selbst definieren, den Erhalt eigener Werte und das Überleben der „Russischen Demokratie“ in Übereinstimmung mit russischen Traditionen garantieren müsse. Zum anderen bekräftigt er, dass Russland schon immer eine europäische Nation war, die seit drei Jahrhunderten gemeinsam – „Hand in Hand“ – mit anderen europäischen Nationen einen Prozess der Aufklärung durchlebt habe. So begegnet Putin westlicher Kritik mit einem dezidiert kulturrelativistischen Argument. Das wird einerseits durch die Betonung einer gemeinsamen europäischen Identität abgeschwächt, erhält aber andererseits durch einen zunehmenden Kurs geopolitischer Konfrontation auch neues Gewicht.

Zugleich mit der Selbstverortung als demokratische Macht in Europa setzt sich die russische Führung auch gegen die westliche Kritik zur Wehr. Auf dem EU-Russland-Gipfel im November 2004 beispielsweise warf Putin der EU vor, die Opposition in der Ukraine zu unterstützen und empfahl, sich nicht in den Wahlprozess einzumischen. Außenminister Sergei Lawrow sah seinerseits in der westlichen Kritik eine weltweite Kampagne zur Wiederherstellung eines Kalten-Kriegs-Klimas, die die Unterschiede zwischen Moskau und dem Westen übertreibe und Russland als Feindbild konstruiere. Verteidigungsminister Sergei Iwanow betonte, dass sich Demokratie nicht „wie Kartoffeln“ verpflanzen ließe und richtete harsche Kommentare an die Wahlbeobachtung der OSZE in der GUS, die für ihre Prüfungen post-sowjetische Staaten herausgreife, nicht objektiv und als Organisation selbst reformbedürftig sei. Verschiedene Treffen zwischen westlichen und russischen Regierungsvertretern liefen eher auf gegenseitige Beschuldigungen als auf einen konstruktiven Dialog hinaus.

In jüngster Zeit beginnt die russische Seite, sich für die Auseinandersetzung mit der westlichen Kritik auch organisatorisch zu rüsten. Die Duma richtete eine „Kommission zur Studie der Praktiken zur Garantie von Menschenrechten und Grundfreiheiten und zur Garantie ihres Monitorings in Ausländischen Staaten“ ein, die sich für Menschenrechte und Freiheiten im Ausland einsetzen soll. Sie soll die Probleme mit Rechten und Freiheiten in den EU-Ländern, den USA sowie im postsowjetischen Raum thematisieren. Die vorgesehenen Aktivitäten der Kommission sind zweierlei: Abgeordnete werden Berichte über die Beobachtung der Menschenrechte im Ausland vorbereiten und parallel dazu ihr eigenes Konzept von Demokratie und Freiheiten ausarbeiten.

Ferner richtet die russische Regierung einen englischsprachigen Fernsehkanal *Russia Today* ein, der ab September rund um die Uhr Nachrichten nach Europa, in die USA und nach Asien (sowie innerhalb Russlands und ehemaligen Sowjetstaaten) ausstrahlen soll. Vier Büros in Washington, London, Brüssel und

Jerusalem sind geplant. Mikhail Lesin, Medienberater des Präsidenten, hatte schon länger einen solchen Kanal gefordert, um westlicher Kritik zu begegnen und Russlands Position zu präsentieren.

Fazit

Die Interpretationen des Stands der Demokratie in Russland können widersprüchlicher nicht sein. Der gegenwärtige internationale Diskurs um demokratische Werte in Russland gibt eher Aufschluss darüber, wie sich die Opponenten selbst und das Gegenüber wahrnehmen. Außenpolitische Interessen vermischen sich mit der Diskussion demokratischer Werte. Es wird deutlich, dass neben der Rolle nationaler demokratischer Traditionen für heutige Wertedefinitionen auch

der Stand der Beziehungen der USA bzw. der EU zu Russland von Bedeutung sind. So wünschbar eine offene Diskussion der historisch gewachsenen Werte und der These einer Wertekluft zwischen den verschiedenen Staaten ist, so schwierig wird sie durch die Verschränkung mit innen- und außenpolitischen Machtinteressen. Dennoch macht es Sinn, sie ernsthaft in Angriff zu nehmen. Sinnvoll ist auch eine Ausweitung des Diskurses über den Kreis der Staatsoberhäupter und Minister hinaus. Kontrastierende Argumente, wie sie beispielsweise von den Menschenrechtsgruppen sowohl im Westen als auch in Russland vertreten werden, werden im offiziellen internationalen Diskurs bisher unzureichend wahrgenommen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Diana Schmidt promoviert am Institute of Governance, Public Policy and Social Research, Queen's University Belfast, Nordirland.

Lesetipps

Aspen Institute Berlin: Perceptions of Russia. A Survey Among European and American Elites. Key Findings, Berlin 2005

<http://www.opiniononrussia.com/presentations/pdfs/handout.pdf> 15. Juni 2005

Morozov, V.: "In search of Europe: Russian political discourse and the outside world", in: Neprikosnovennyi Zapas 2004

<http://www.nz-online.ru/index.phtml?aid=25010775>

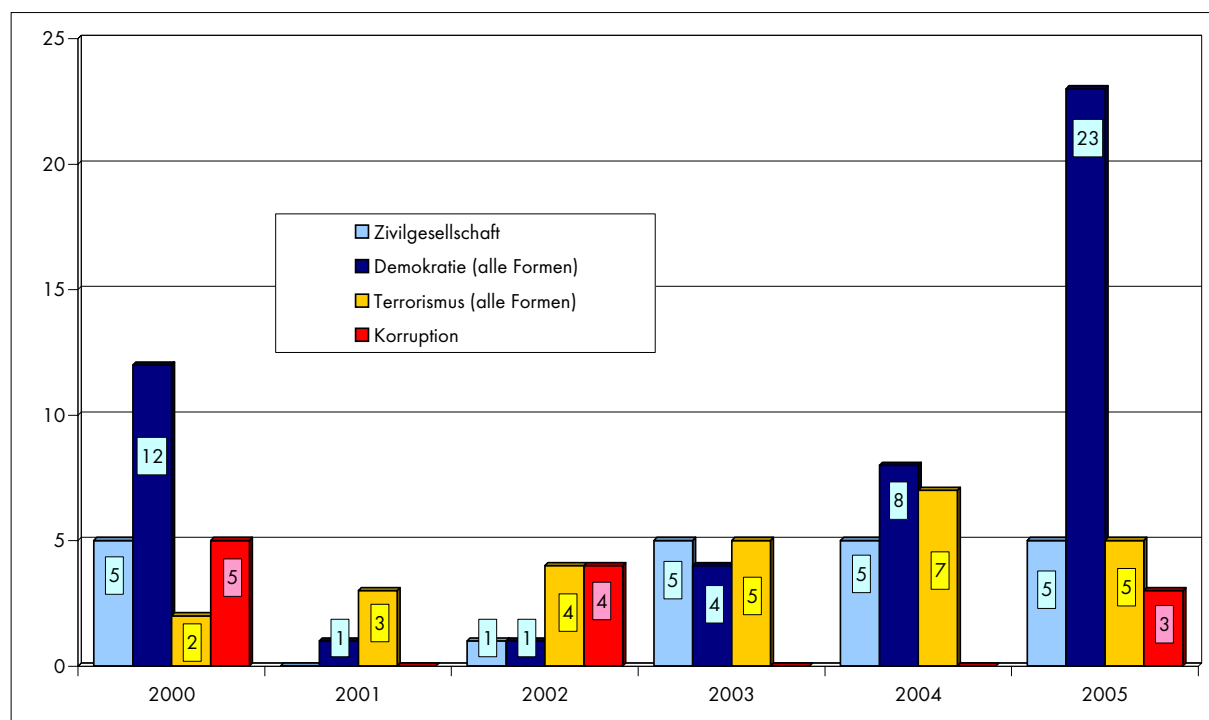
R. Sil; C. Chen: State Legitimacy and the (In)Significance of Democracy in Post-Communist Russia, in: Europe-Asia Studies, 56.2004, Nr. 3, S. 347–368.

R. Rose; N. Munro; W. Mishler: Resigned Acceptance of an Incomplete Democracy: Russia's Political Equilibrium, in: Post-Soviet Affairs, 20.2004, Nr. 3, S. 195–218.

Grafik zum Text

„Terrorismus, Zivilgesellschaft, Demokratie, Korruption“

(Häufigkeit der Nennungen von Schlüsselbegriffen in Putins Botschaften an die Föderalversammlung 2000–2005. Erstellt von Diana Schmidt und Dmitry Vorobyev / Zentrum für Unabhängige Sozialforschung, St. Petersburg)



Dokumentation

Europäische oder Russische Demokratie? Zitate aus den letzten Monaten

Wenn sie uns unsere Demokratie wegnehmen, können sie nur das wegnehmen, was wir haben. Wenn wir aber nichts haben, kann auch nichts weggenommen werden. [...] Wir haben dem Volk schon alles weggenommen. [...] Wir haben nichts, das der Demokratie ähnelt. [...] Wir versuchen, Demokratie aufzubauen ohne kommunale Selbstverwaltung. Vor allem anderen müssen wir ein System aufbauen, dass die Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Alexander Solshenizyn, Interview für die Sendung Westi Nedeli, Rossija TV, AP, 5. Juni 2005 (JRL #9170, 6. Juni 2005)

Niemand wundert sich darüber, dass es eine Menge internationaler Organisationen gibt, die die Menschenrechte in verschiedenen Ländern beobachten. Die Zeit ist gekommen, dass auch Russland mit seinen eigenen Ansätzen und Zielen dieses Feld betritt [...], um die bloß defensive Position zu verlassen, die unser Land einnimmt. [...] Wir müssen, was Philosophie und Werte betrifft, unsere eigenen Diskussionen diktieren – Menschenrechte werden überall verletzt. [...] Die Amerikaner sollten aufhören, sich mit ihrer eigenen Demokratie zu brüsten: Das amerikanische Wahlsystem ist archaisch und undemokratisch, es ist indirekt und ein winziger Prozentsatz der Bevölkerung wählt den Präsidenten.

Natalja Narotschnizkaja, Mitglied der Partei „Mutterland“ (Rodina), zu Gazeta.ru über die Einrichtung der „Kommission zur Studie von Praktiken, um Menschenrechte und grundlegende Freiheiten zu garantieren und Garantien hierfür in ausländischen Staaten zu überwachen“ durch die Staatsduma, JRL #9168, 4. Juni 2005 (Gazeta.ru, 2. Juni 2005, <http://www.gazeta.ru>)

Es war sehr wichtig für mich, dieses Dokument über die Russische Föderation, die eine große europäische Demokratie ist, vorzubereiten. Es war auch wichtig für mich, diesen Bericht genau so wie für alle anderen europäischen Länder vorzubereiten, die Mitglieder im Europarat sind.

Alvaro Gil-Robles, Kommissar für Menschenrechte des Europarates bei dem Treffen mit Präsident Vladimir Putin, 27. Mai 2005, Kreml, Moskau, http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2005/05/27/2030_type82914_88756.shtml

Am wichtigsten ist, dass wir bestätigt haben, dass die Beziehungen zwischen EU und Russland auf gemeinsamen Werten basieren, einschließlich des Respekts für Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft. Diese Werte müssen uns auch bei der Implementation leiten [...] Ihre Resolution lenkt berechtigterweise die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass Russland ein wichtiger strategischer Partner für die Europäische Union ist, der seit unserer letzten Erweiterung noch wichtiger geworden ist [...] Ich stimme auch mit Ihrem letzten Vorschlag überein, dass die Politik der Union gegenüber Russland allzu oft unter einem Mangel an Kohärenz gelitten hat. Wir müssen alle unsere Bemühungen intensivieren, eine gemeinsame Linie der EU zu definieren und beizubehalten [...] Meine Priorität ist es, im Konsensus mit Russland zusammenzuarbeiten und mir alle Ideen genau anzuhören. Ich würde sehr gerne die Ansichten des Europäischen Parlamentes hören.

Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen, Beziehungen EU-Russland, Rede, 25. Mai 2005, Europäisches Parlament, Brüssel, http://www.delrus.cec.eu.int/en/news_712.htm

Natürlich glauben wir, dass dieses Land eine große Demokratie sein kann, dass es noch mehr Schritte machen muss, um dahin zu kommen. Das Verhältnis von Präsident Putin und Präsident Bush lässt sie aber über diese Themen auf eine Art reden, die so offen und so ehrlich ist, die für mich, als alte Expertin für die Sowjetunion und Russland, sehr bemerkenswert ist. Es gibt keine Themen, die nicht auf den Tisch gelegt werden, wenn sie miteinander sprechen. Sie sprechen über die Notwendigkeit einer freien Presse. Sie sprechen über die Zivilgesellschaft [...].

Wir werden uns aber weiterhin öffentlich für diese wichtigen Werte einsetzen, wie wir es in der ganzen Welt tun. Wir werden weiterhin Gespräche mit unseren russischen Kollegen über diese Werte führen. Wir erkennen aber auch, dass ein isoliertes Russland nicht sehr wahrscheinlich Fortschritte in der Demokratie machen wird; wenn es auch nicht immer mit der Geschwindigkeit passieren wird, die wir gerne hätten, haben wir eine viel größere Chance, dass Russland demokratisch wird, wenn es in internationale Institutionen integriert wird, die ihrerseits demokratisch sind.

Condoleezza Rice, US-Außenministerin, CNN-Interview mit John King, 9. Mai 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9145-9.cfm>

Es ist nicht nur sehr wichtig, dass wir ein funktionierendes Verhältnis haben, sondern auch, dass wir verstehen, dass im 21. Jahrhundert starke Länder durch die Entwicklung von starken Demokratien aufgebaut werden. Also sprechen wir über Demokratie. Demokratien spiegeln immer die Sitten und Kultur eines Landes wider, das weiß ich auch. Demokratien haben aber gewisse Dinge gemeinsam: Sie haben Rechtsstaatlichkeit und Schutz von Minderheiten, eine freie Presse und eine lebensfähige Opposition [...] Ich konnte meine Besorgnis über Russlands Engagement bei der Erfüllung dieser universellen Prinzipien mitteilen. Ich tat dies auf konstruktive und freundliche Art. Ich habe meinen Glauben, dass es Demokratie und Freiheit sind, die wahre Sicherheit und wahren Wohlstand in jedes Land bringen, bestätigt.

Präsident Bush, #8 – JRL 9068, Büro zur sofortigen Veröffentlichung des Pressesekretärs, Weißes Haus [Präsident Putin bei derselben Gelegenheit: Demokratie wurde nicht erwähnt, nur die „internationale Agenda“], Hall der Konstitution, Bratislavaer Burg, Bratislava, Slowakei, 24. Februar 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9068-8.cfm>

[R]ussland ist offen für Kritik, falls diese in gutem Glauben und im ehrlichen Interesse an einer fairen Partnerschaft geübt wird [...] Leider ist dies nicht immer der Fall. Ab und zu werden wir mit Kritik konfrontiert, die nicht nur die Tatsachen verzerrt, sondern auch den kaum verhohlenen Zweck hat, die Beziehungen zwischen Russland und den USA zu beschädigen und auf die eine oder andere Art das „Feindbild“ wiederherzustellen. Dieser Ansatz ist völlig unzulässig.

Sergej Lawrow, russischer Außenminister, #3 – JRL 9041 (RIA Novosti), Moskau, 29. Januar 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9040-3.cfm>

Russland hat es satt, vom Westen in Sachen Demokratie belehrt zu werden, ist aber bereit, das Problem offen mit den Vereinigten Staaten zu diskutieren. [...] Demokratie ist keine Kartoffel, die man aus einem Gemüsegarten in den anderen umpflanzen kann. Ich meine, dass sich die Demokratie in Russland in den letzten Jahren normal entwickelt hat [...] Wir sind bereit, uns weiterhin ruhig in dieser Richtung voranzubewegen, indem wir die Demokratie entwickeln und uns in das globale Wirtschaftssystem integrieren, dabei möchten wir aber Herren im eigenen Haus sein [...] Gibt es etwa keine Probleme mit der Demokratie in westeuropäischen Ländern oder im Baltikum?

Sergej Iwanow, russischer Verteidigungsminister [Trevelyan, 2005 #1021]

Russlands demokratische Institutionen sind immer schwach und zerbrechlich gewesen. Seitdem er im Januar 2000 Präsident geworden ist, hat Wladimir Putin sie noch mehr geschwächt. Er hat systematisch Freiheit und Unabhängigkeit der Presse untergraben, die „checks und balances“ des russischen Föderalsystems zerstört, sowohl echte wie eingebildete politische Rivalen verhaftet, rechtmäßige Kandidaten von Wahlen ausgeschlossen, Leiter von NGOs schikaniert und verhaftet und die russischen politischen Parteien geschwächt [...] Dies sind nur die letzten Beweise dafür, dass Russland von den demokratischen Kernwerten der Euro-Atlantischen Gemeinschaft losbricht.

Offener Brief an die Staats- und Regierungsoberhäupter von Europäischer Union und NATO, JRL #8385, 28. September 2004, <http://www.cdi.org/russia/johnson/8385-24.cfm>

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Putins Botschaft an die Föderalversammlung (Auszug)

25. April 2005, Kreml, Moskau

[...]

Ich halte die Entwicklung Russlands als freier und demokratischer Staat für die politische und ideologische Hauptaufgabe. Wir sprechen diese Worte ziemlich häufig aus, allerdings enthüllen wir den tieferen Sinn der Werte von Freiheit und Demokratie, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit selten genug.

Es gibt aber ein Bedürfnis für eine solche Analyse. Die objektiv komplizierten Prozesse, die in Russland ablaufen, werden immer mehr zum Gegenstand für aktive ideologische Diskussionen und überlagern sich dabei mit Gesprächen über Freiheit und Demokratie. Manchmal kann man hören, dass die Freiheit für das russische Volk ungewohnt und

unnötig sei, da es Jahrhunderte lang geschwiegen habe, daher bräuchten unsere Bürger ständige Aufsicht durch die Obrigkeit.

Ich möchte diejenigen, die dieser Meinung sind, in die real existierende Wirklichkeit zurückholen. Dafür möchte ich daran erinnern, wie die neueste russische Geschichte entstanden ist.

Vor allem muss man eingestehen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Für das russische Volk aber wurde dieser Zusammenbruch zu einem wirklichen Drama. Millionen unserer Mitbürger und Landsleute fanden sich außerhalb der Grenzen des russischen Territoriums wieder; darüber hinaus griff die Seuche des Zerfalls auch auf Russland selber über.

Die Ersparnisse der Bürger wurden wertlos, die alten Ideale zerstört, viele Einrichtungen wurden aufgelöst oder schlecht und recht reformiert. Die Einheit des Landes wurde durch terroristische Intervention und die darauf folgende Kapitulation von Chasawjurt [*in Chasawjurt unterzeichneten Vertreter Russlands und Tschetscheniens ein Abkommen, mit dem der erste Tschetschenienkrieg (1994-1996) beendet wurde*] verletzt. Die Oligarchengruppen, die unbegrenzte Kontrolle über die Informationskanäle hatten, bedienten ausschließlich die eigenen Unternehmensinteressen. Die Massenarmut wurde als Normalität angesehen – all dies vor dem Hintergrund einer äußerst schweren Rezession, instabiler Finanzen und der Paralyse des Sozialsystems.

Viele dachten, vielen schien es damals, als ob unsere junge Demokratie keine Fortsetzung der russischen Staatlichkeit ist, sondern die lang gezogene Agonie des Sowjetsystems, ihr endgültiger Zusammenbruch.

Die, die so gedacht haben, haben sich geirrt. Gerade in dieser Periode geschahen in Russland äußerst bedeutsame Ereignisse. In unserer Gesellschaft entstand nicht nur die Energie zur Selbsterhaltung, sondern auch der Wille zu einem neuen freien Leben. In diesen schweren Jahren musste das Volk Russlands gleichzeitig die staatliche Souveränität verteidigen und die richtige Wahl für eine neue Richtung in seiner tausendjährigen Geschichte treffen. Es musste eine sehr schwere Aufgabe gelöst werden: Wie sollten die eigenen Werte, die unbezweifelbaren Verdienste der russischen Demokratie bewahrt und ihre Lebensfähigkeit gestärkt werden? Wir mussten einen eigenen Weg für den Aufbau einer demokratischen, freien und gerechten Gesellschaft und eines ebensolchen Staates finden.

Wenn ich von Gerechtigkeit rede, meine ich natürlich nicht die Formel „alles wegnehmen und teilen“, die traurige Berühmtheit erlangt hat, sondern große und gleiche Chancen für Entwicklung, Erfolg und für ein besseres Leben für alle.

Letzten Endes sollten wir auf der Grundlage solcher Prinzipien zu einer freien Gesellschaft freier Menschen werden. Auch in diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, wie historisch gesehen das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit in der russischen Gesellschaft entstanden ist, wie es im gesellschaftlichen Bewusstsein heranreife.

Vor allem – Russland war, ist und wird natürlich eine große europäische Nation sein. Die von der europäischen Kultur durch Leiden erlangten und erkämpften Ideale von Freiheit, Menschenrechten, Gerechtigkeit und Demokratie waren für unsere Gesellschaft viele Jahrhunderte lang ein bestimmender Wertekompass.

Im Laufe von drei Jahrhunderten haben wir Hand in Hand mit den anderen europäischen Völkern die Reformen der Aufklärung, die Schwierigkeiten bei der Entstehung von Parlamentarismus, der kommunalen Selbstverwaltung und der Judikative sowie der Schaffung ähnlicher Rechtssysteme durchlaufen. Schritt für Schritt haben wir uns zusammen voranbewegt – zur Ankerkennung und Erweiterung der Menschenrechte, zu einem gleichen und allgemeinen Wahlrecht, zur Einsicht, dass den Armen und Schwachen geholfen werden muss, zur Emanzipation der Frau und zu weiteren sozialen Errungenschaften.

Ich wiederhole, das alles haben wir zusammen gemacht, wobei wir manchmal etwas hinter europäischen Standards zurückgeblieben sind, sie aber auch manchmal überholt haben.

Ich bin überzeugt, dass die demokratischen Werte für das heutige Russland nicht weniger wichtig sind als das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg oder sozialem Wohlergehen der Menschen.

Erstens hat nur in einer freien und gerechten Gesellschaft jeder gesetzestreue Bürger das Recht, zuverlässige Rechtsgarantien und den Schutz des Staates für sich zu fordern. Zweifellos ist die Garantie der Menschenrechte und der Freiheiten äußerst wichtig sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für das politische und gesellschaftliche Leben Russlands. [...]

Zweitens hat nur in einer freien Gesellschaft jeder arbeitsfähige Bürger das gleiche Recht, am Konkurrenzkampf teilzunehmen, frei Partner zu wählen und dementsprechend auch zu verdienen. Der Wohlstand jeden Bürgers sollte

durch seine Arbeit, Fähigkeiten, Qualifikationen und Anstrengungen bestimmt werden; er selbst hat das Recht, über seinen Verdienst nach Gutdünken zu verfügen, ihn auch an seine Kinder zu vererben.

Die Einhaltung der Prinzipien von Gerechtigkeit ist also direkt mit der Chancengleichheit verknüpft. Dies hinwiederum sollte niemand anders als der Staat garantieren.

Drittens ist der russische Staat, wenn er gerecht sein will, verpflichtet, den arbeitsunfähigen und armen Bürgern zu helfen, d.h., Behinderten, Rentnern und Waisen, damit auch diese Menschen ein würdevolles Leben haben und grundlegende Leistungen für sie erreichbar sind.

Alle diese Funktionen und Verpflichtungen werden dem Staat von der Gesellschaft direkt anvertraut.

Zu guter Letzt gibt es in einer freien und gerechten Gesellschaft keine inneren Grenzen und keine Begrenzung der Bewegung, auch ist sie für den Rest der Welt offen. Dies gibt den Bürgern unseres Landes die Möglichkeit, die Reichtümer der menschlichen Zivilisation in vollem Maße auszunutzen, wie z.B. die Errungenschaften von Bildung, Wissenschaft, Weltgeschichte und Kultur.

Gerade unsere Werte bestimmen auch unser Bemühen um die staatliche Selbstständigkeit Russlands und die Untermauerung seiner Souveränität. Wir sind eine freie Nation; unser Platz in der heutigen Welt, und dies möchte ich besonders hervorheben, wird nur dadurch bestimmt werden, wie stark und wie erfolgreich wir sein werden.

[...]

Russland ist ein Land, das durch den Willen des eigenen Volkes die Demokratie für sich gewählt hat. Es hat selbst diesen Weg eingeschlagen und wird selbst, unter Einhaltung aller demokratischen Normen, entscheiden, auf welche Art – unter Berücksichtigung seiner historischen, geopolitischen und anderen Besonderheiten – Freiheit und Demokratie realisiert werden können. Als souveränes Land kann und wird Russland selbstständig sowohl Dauer wie Bedingungen dieses Prozesses entscheiden.

Allerdings ist eine konsequente Entwicklung der Demokratie in Russland nur möglich unter Einhaltung von Recht und Gesetz. Außerrechtliche Methoden, um für nationale, religiöse oder andere Interessen zu kämpfen, widersprechen den Prinzipien der Demokratie. Der Staat wird hierauf im Rahmen des Gesetzes, aber mit Härte reagieren.

[...]

Unsere Ziele in der internationalen Arena sind vollkommen klar: die Sicherheit der Grenzen und die Schaffung von günstigen äußeren Bedingungen für die Lösung der innerrussischen Probleme. Wir erfinden nichts Neues, sondern bemühen uns, all das auszunutzen, was von der europäischen Zivilisation und der Weltgeschichte akkumuliert worden ist.

Die zivilisatorische Mission der russischen Nation auf dem eurasischen Kontinent muss zweifellos fortgesetzt werden. Sie besteht darin, dass demokratische Werte, mit nationalen Interessen multipliziert, unsere historische Gemeinschaft bereichern und verstärken.

[...]

Wenn ich über unseren Wertekompass rede, möchte ich noch ein meiner Meinung nach wichtiges Thema berühren. Es geht mir um das Niveau der gesellschaftlichen Sittlichkeit und Kultur.

Ein guter geschäftlicher Ruf war bekanntermaßen immer ein verdientes Unterpfand für den Abschluss von Geschäften, genauso ist menschliche Anständigkeit unabdingbar für die Teilnahme am Leben von Staat und Gesellschaft. Sittenlosigkeit wurde von der russischen Gesellschaft verurteilt und unwürdiges Benehmen immer öffentlich getadelt.

In Russland sind Recht und Moral, Politik und Sittlichkeit traditionell immer als verwandte und austauschbare Begriffe gesehen worden. Immer war ihre Verbindung erklärtes Ideal und Ziel. Bei allen bekannten Abweichungen ist das Niveau der Sittlichkeit sowohl im zaristischen Russland wie auch zu Sowjetzeiten ein wirklich bedeutsamer Maßstab und ein Kriterium für das Ansehen von Menschen am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und im Alltag. Man wird kaum abstreiten können, dass solche Werte wie feste Freundschaft, gegenseitige Hilfe, Vertrauen, Kameradschaft und Zuverlässigkeit viele Jahrhunderte lang auf russischer Erde unbestreitbare und unvergängliche Werte geblieben sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

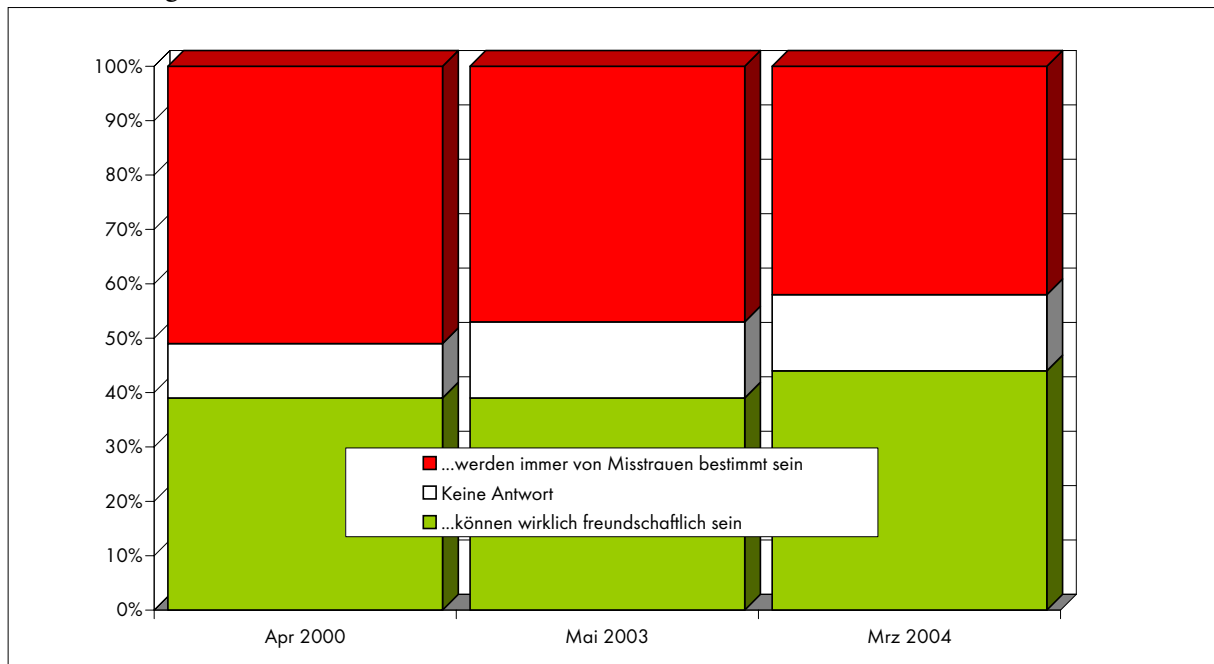
Quelle: http://president.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type82634_87049.shtml

Umfrage

Russland und der Westen: Das politische Verhältnis

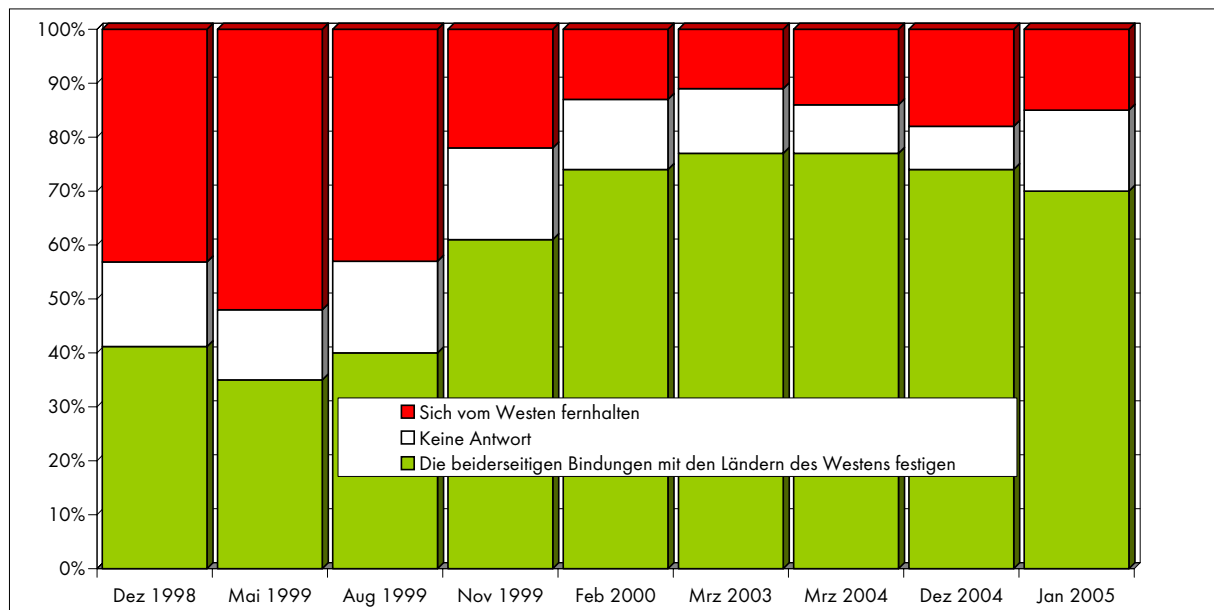
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 1998-2005 <http://www.levada.ru./interrelations3.html> und der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0523.zip>

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen...



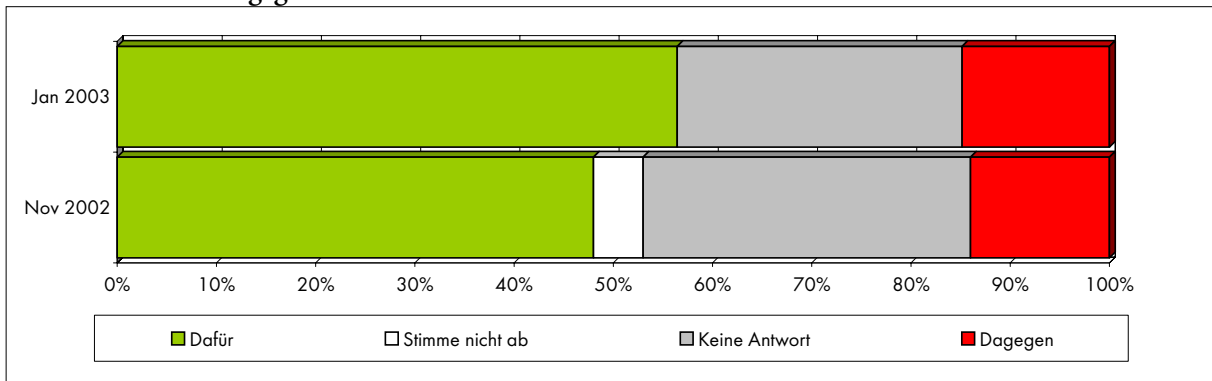
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 2000-2004)

Wie soll Russland sich verhalten?



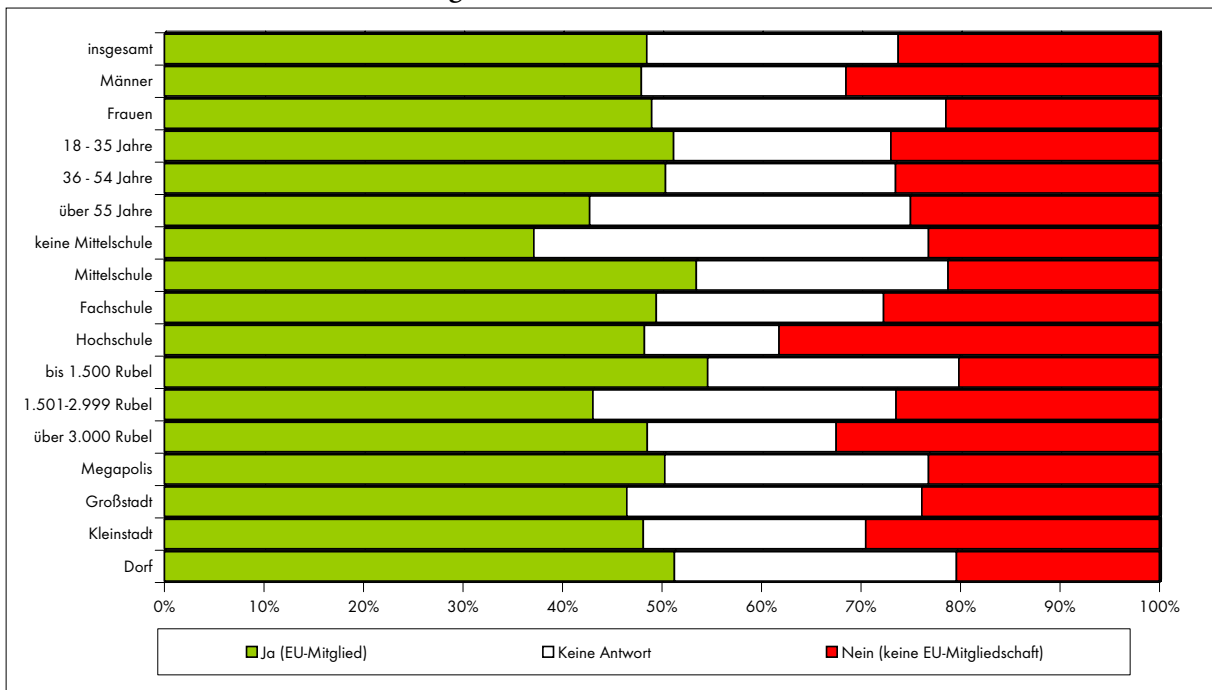
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 1998-2005)

Würden Sie für oder gegen den Beitritt Russlands zur EU stimmen?



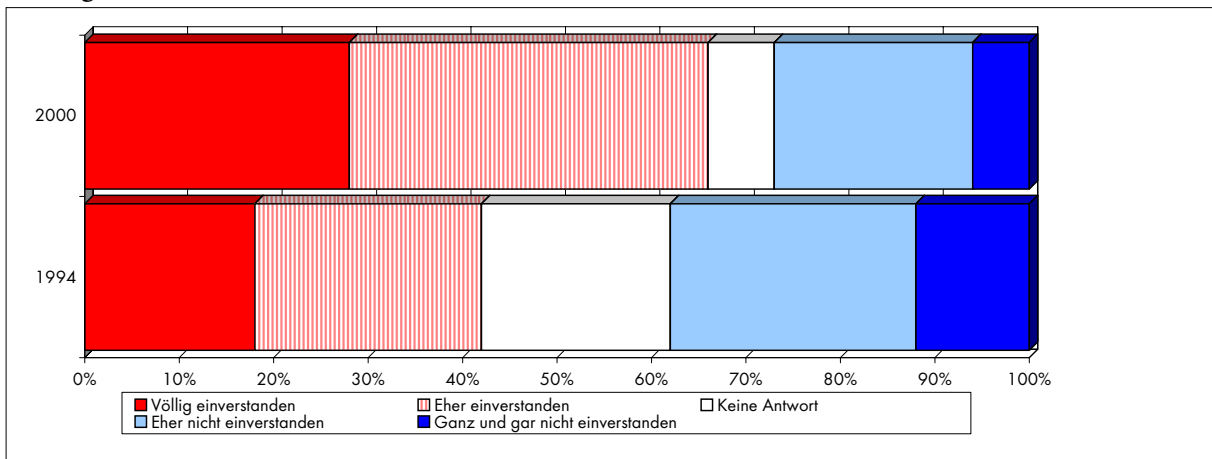
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 2002 und 2003)

Was meinen Sie, soll Russland die Mitgliedschaft in der EU anstreben oder nicht?



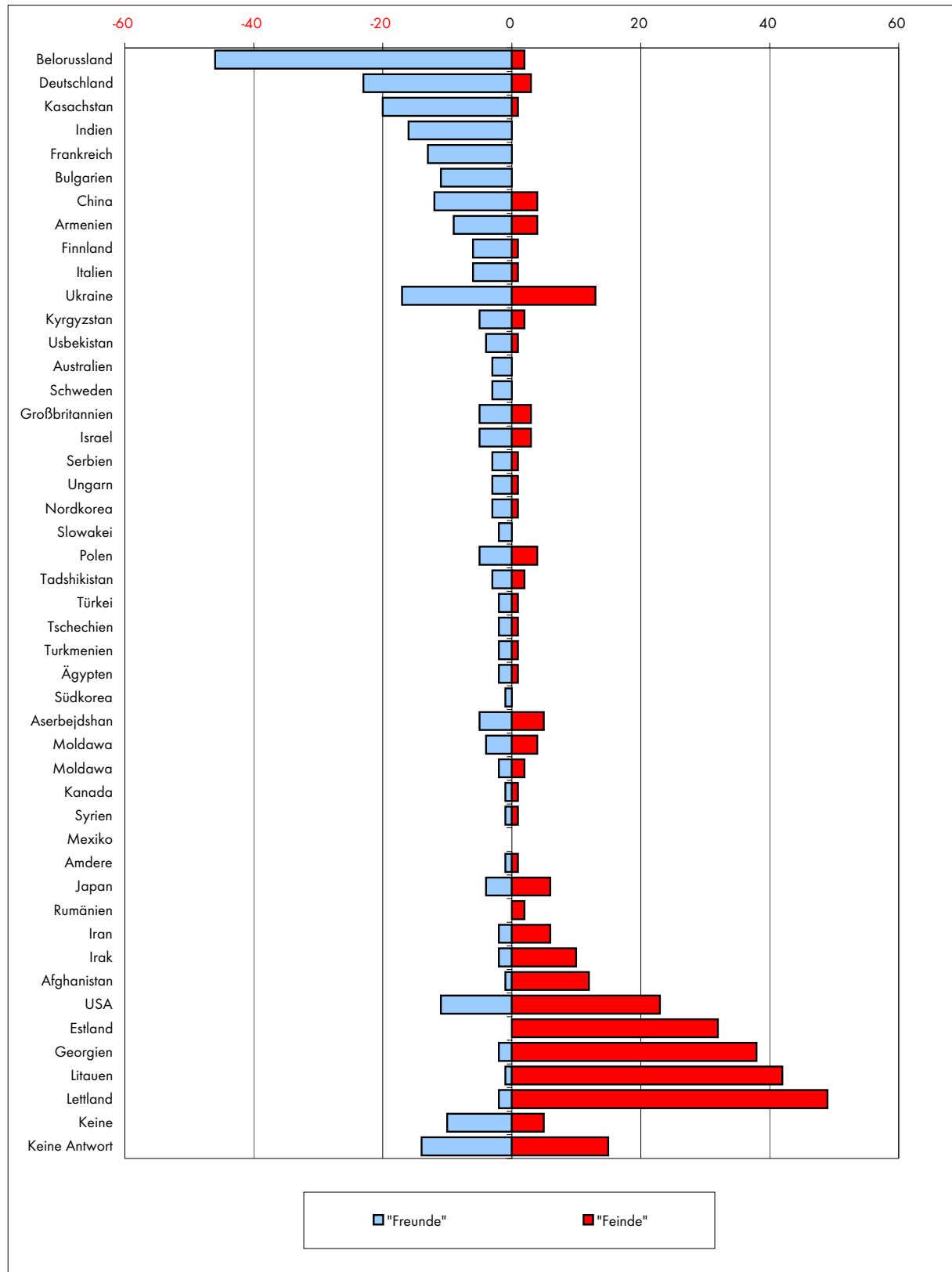
(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Stimmen Sie mit der Auffassung überein, dass Russland immer bei anderen Staaten feindliche Gefühle hervorgerufen hat, und dass uns auch heute niemand etwas Gutes wünscht?



(Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1994 und 2004)

“Freunde” und “Feinde” Russlands 2005

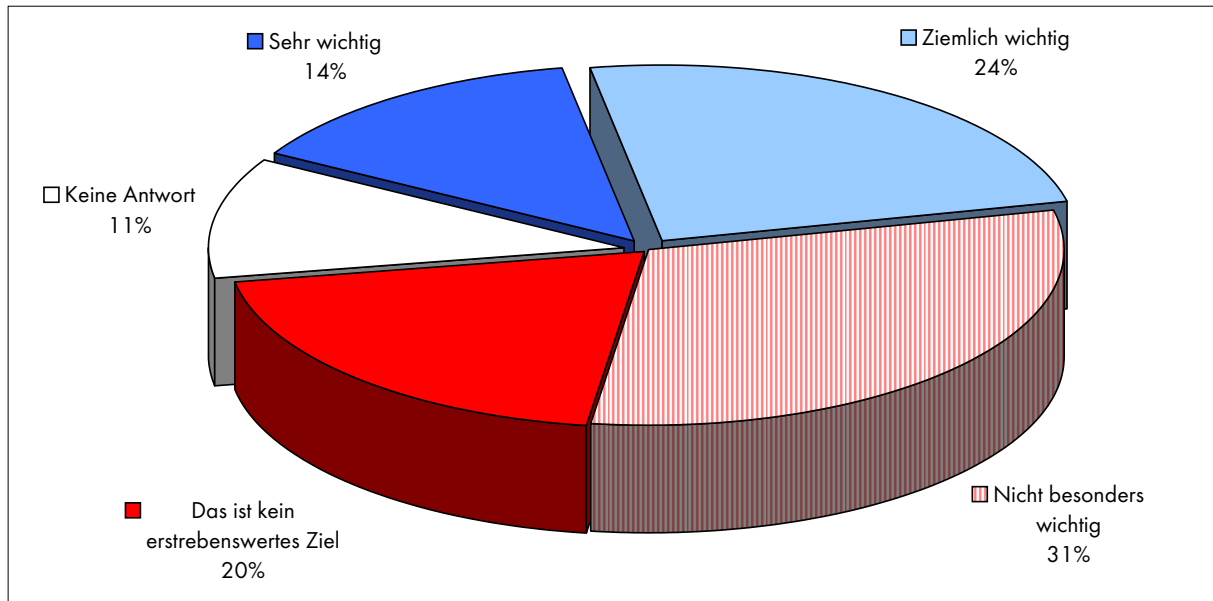


Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–18. Mai 2005 <http://www.levada.ru./press/2005060800.htm>

Russland und die westliche Kultur

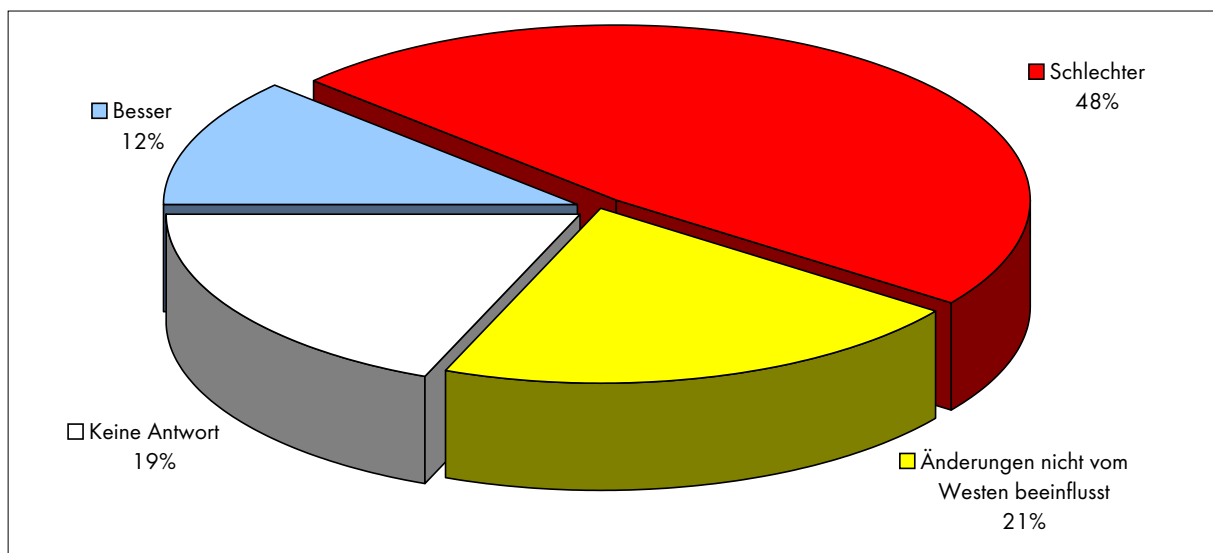
Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 27.12.2000 http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dominant2000/114_4826/273_4851/1004_4856/d003610 und vom 4.–5. Juni 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0523.zip> sowie Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989-2004 <http://www.levada.ru./interrelations.html>

Wie wichtig ist es für Russland sich in die Weltkultur zu integrieren, die Lebensweise der Mehrheit der entwickelten Länder zu übernehmen?



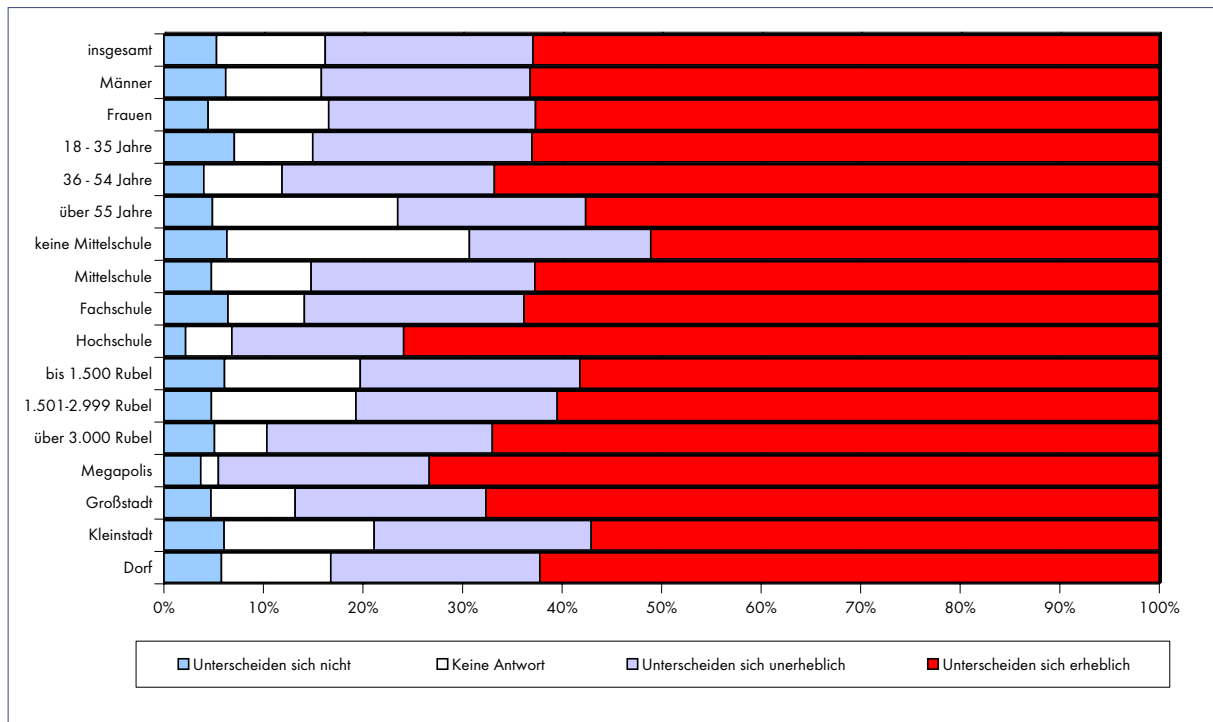
(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 2000)

Werden die Menschen in Russland unter dem Einfluss der westlichen Kultur besser oder schlechter oder hat die westliche Kultur keinen Einfluss? (Dezember 2000)



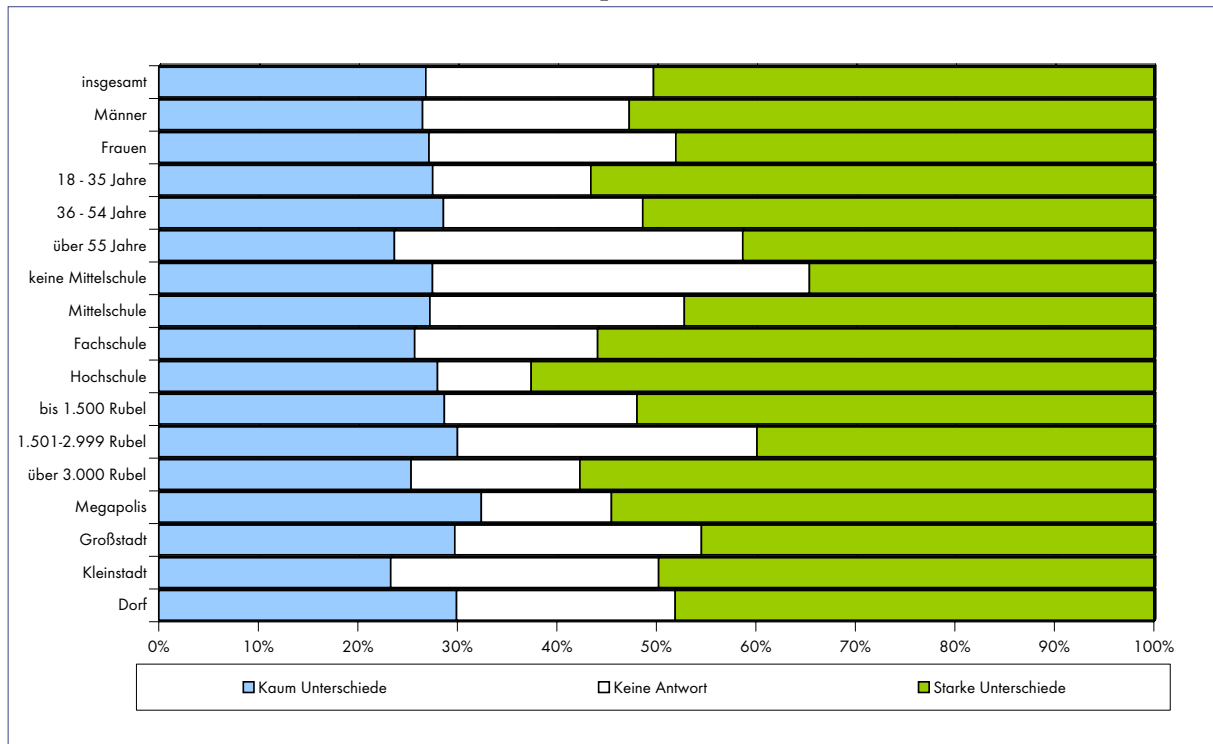
(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 27.12.2000)

Unterscheiden sich Kultur und Werte von Russen und Europäern? (Juni 2005)



(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Unterscheiden sich Kultur und Werte der Westeuropäer und der Amerikaner? (Juni 2005)

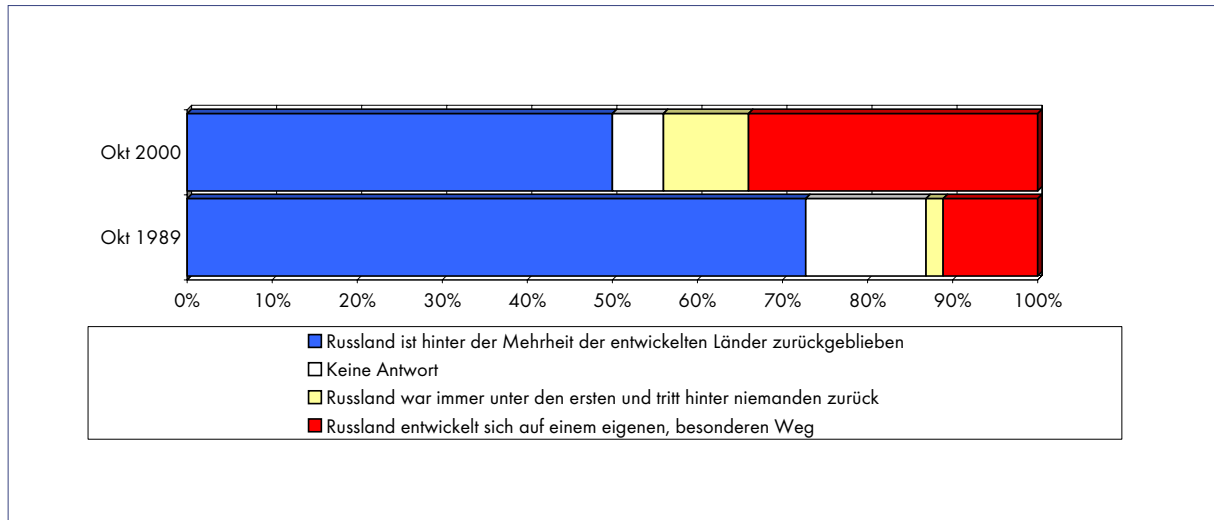


(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Russland und der Westen: Das Gesellschaftsmodell

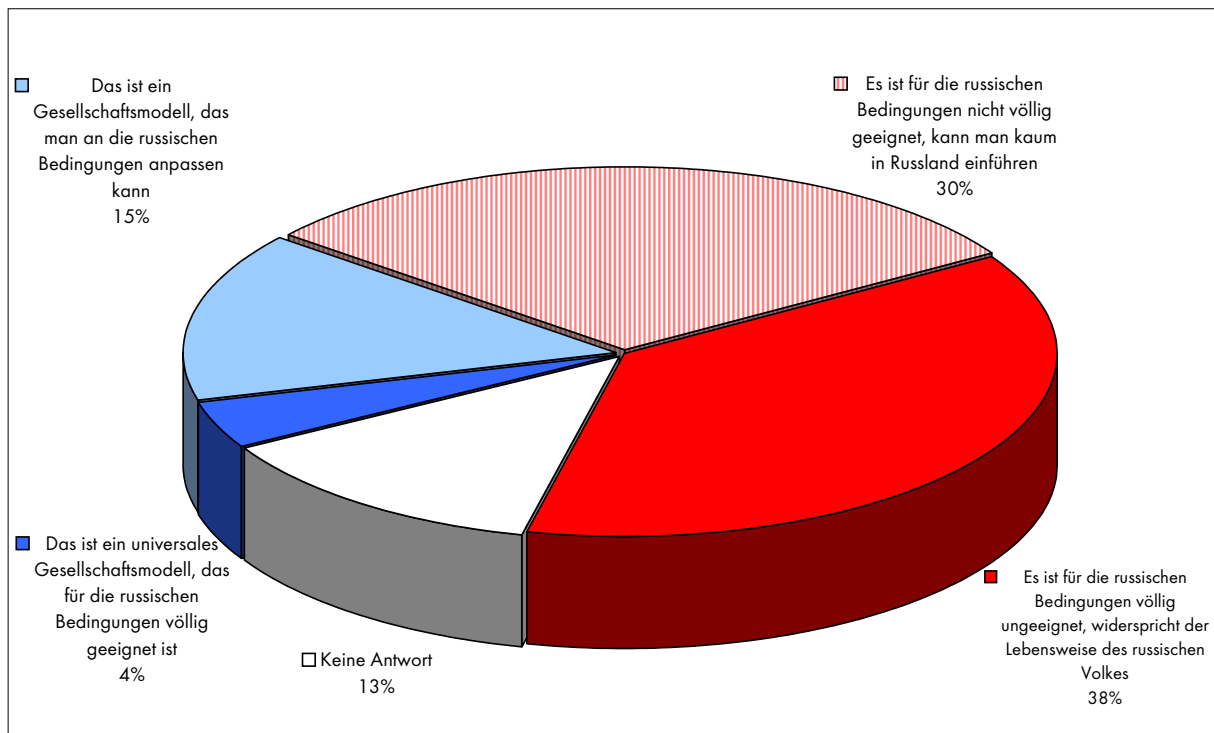
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989-2004 <http://www.levada.ru./interrelations.html>

Welcher der folgenden Auffassungen stimmen Sie zu?



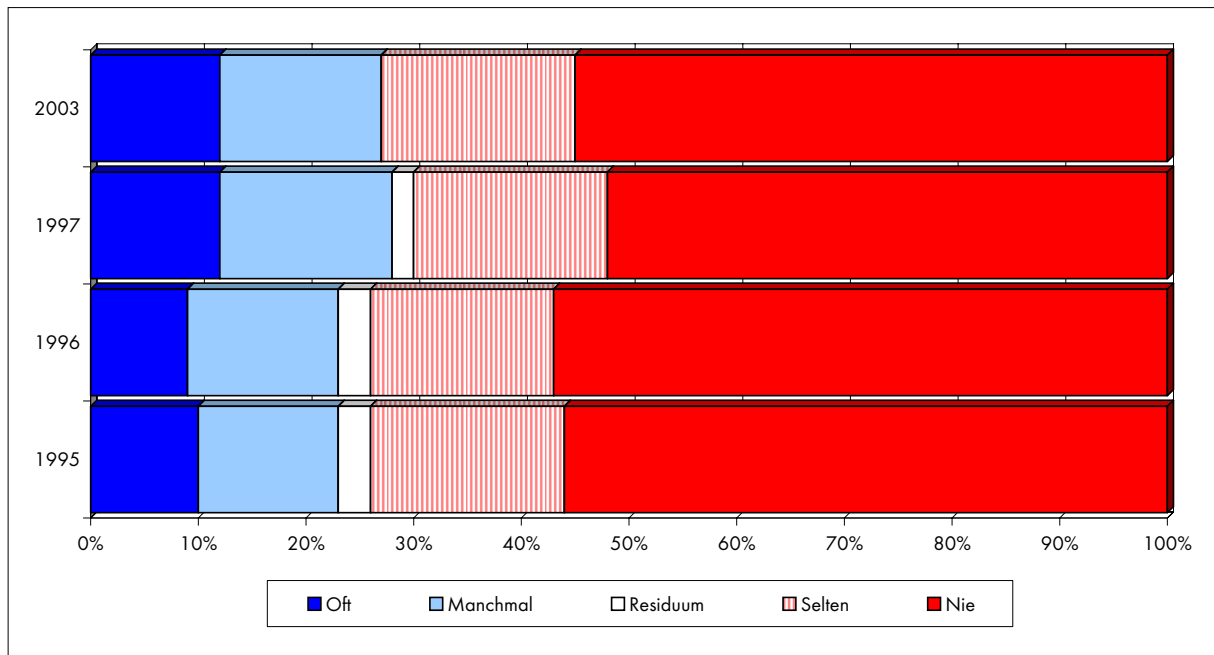
(Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989 und 2000)

Wieweit ist das westliche Gesellschaftsmodell für Russland geeignet?



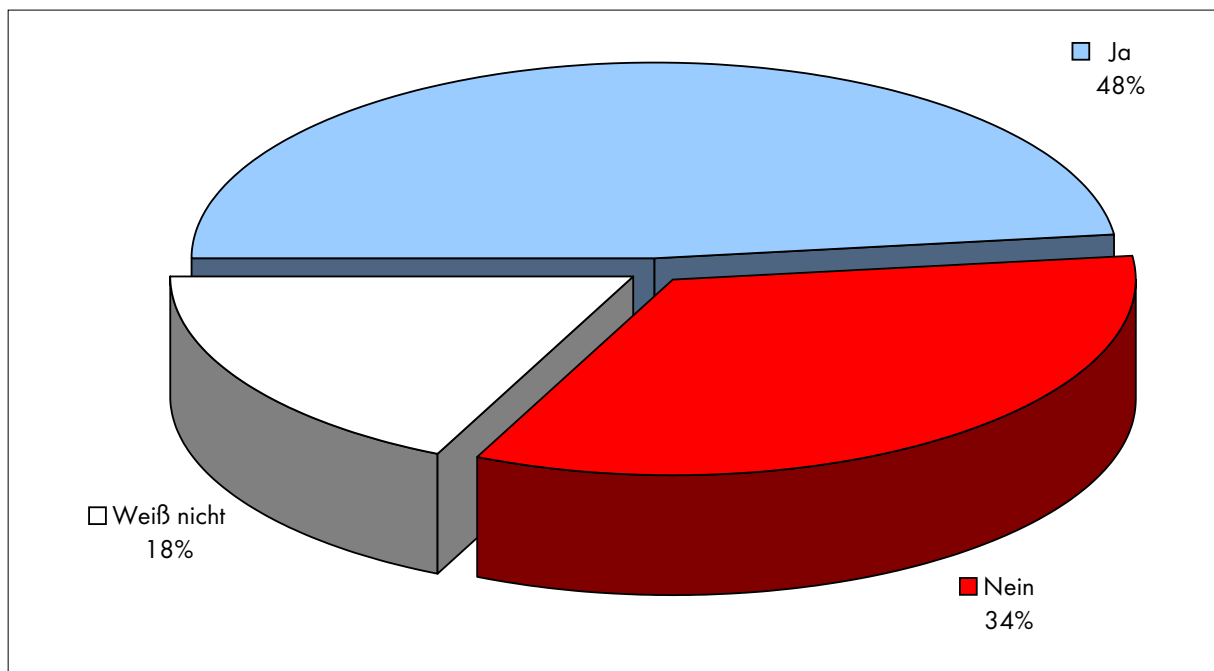
(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 2000)

Fühlen Sie sich als Europäer?



(Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1995-2003)

Wollen Sie in Russland so leben, wie die Menschen im Westen leben?

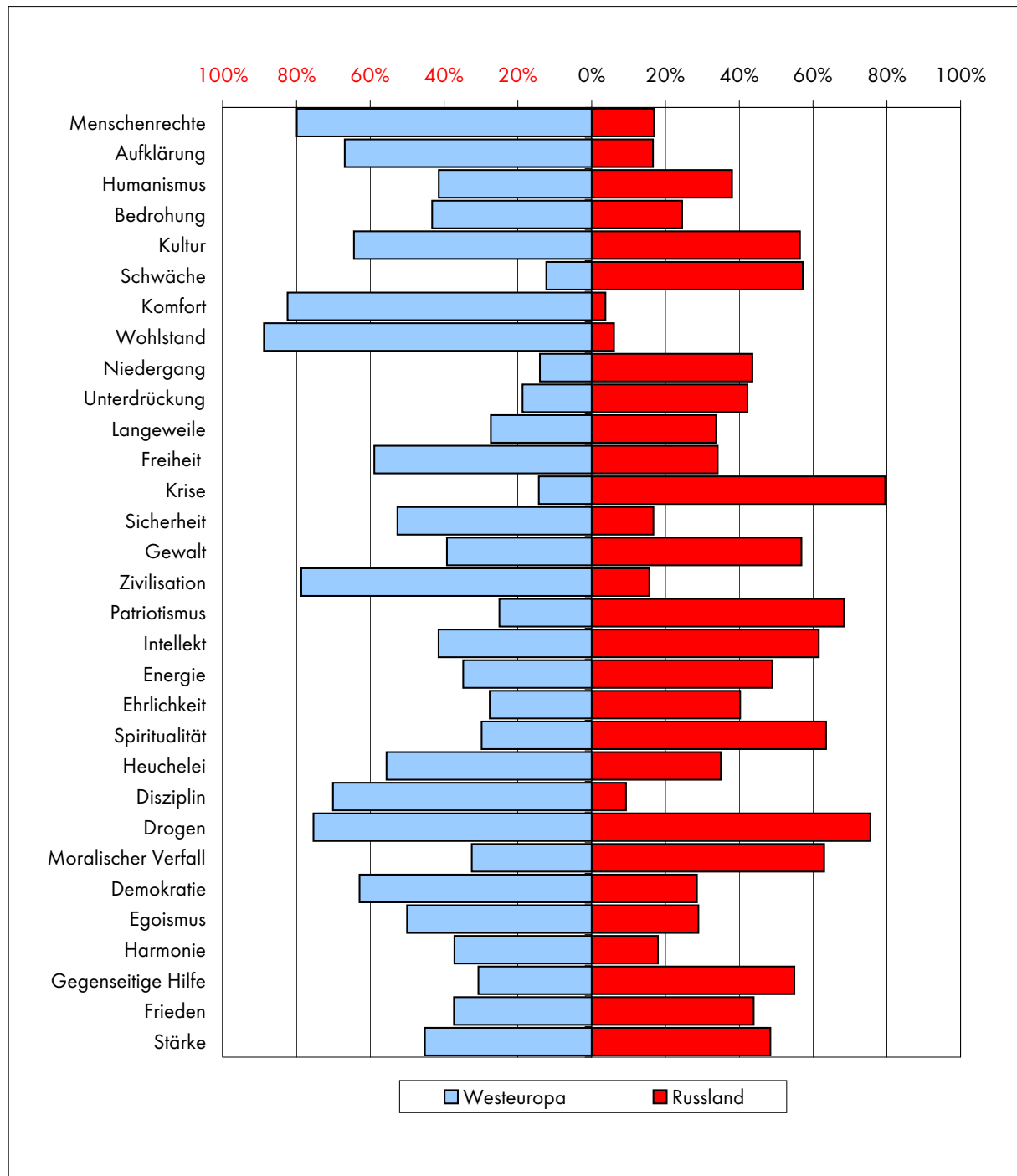


(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 1999)

Russland und Europa in der russischen Wahrnehmung 2000

Quelle: Umfragen des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts „Evropa i Germanija glazami rossijan“ (Europa und Deutschland in den Augen der Bürger der Russischen Föderation), Moskva 2002 <http://www.ispr.ru/SOCOPROS/Files/germany.zip>

Welche der aufgeführten Begriffe verbinden Sie mit den führenden Ländern Europas und welche mit Russland?



Chronik

Vom 9. bis zum 16. Juni 2005

9.6.2005	Das U.S. State Department legt seinen alljährlichen Bericht über Menschenhandel vor. Der Bericht bezeichnet Russland weltweit als "Hauptlieferanten für den weltweiten Handel von Frauen zur sexuellen Ausbeutung „.
9.6.2005	Die Anwälte von Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew legen gegen das am 31.Mai ergangene Urteil Berufung ein.
9.6.2005	30 km südöstlich von Grosny beschießen tschetschenische Widerstandskämpfe einen Kleinbus, der mit Polizisten aus Twer besetzt war. Sieben Polizisten werden getötet, einer wird verwundet.
11.6.2005	Ca. 150 Bewohner der Staniza Borosdinowskaja an der Grenze zwischen Tschetschenien und Dagestan blockieren wieder die Kaukasus-Autotrasse und fordern die Freilassung der Dorfbewohner, die von tschetschenischen Sicherheitskräften festgenommen worden sind.
11.6.2005	Finanzminister Alexej Kudrin kündigt in London an, dass Russland armen Drittwellstaaten Schulden in Höhe von 2,2 Mrd. US\$ erlassen wird. Der Schritt erfolgt im Rahmen einer G-8-Initiative, nach der die G-8-Staaten Schulden der ärmsten Entwicklungsländer in Höhe von insgesamt 40 Mrd. US\$ streicht.
12.6.2005	Putin überreicht im Kreml einer Reihe von Künstlern und Wissenschaftlern den russischen Staatspreis. Zu den Ausgezeichneten gehören die Sopranistin Anna Netrebko und die Dichterin Bella Achmadullina.
12.6.2005	Am russischen Unabhängigkeitstag wird 150 km südlich von Moskau auf den Zug Moskau-Grosny ein Bombenanschlag verübt. Vier Waggons entgleisen, 42 Personen werden verletzt.
12.6.2005	Präsident Putin schlägt die Gouverneure der Gebiete Rostow und Smolensk, Viktor Tschub und Viktor Maslow, sowie den inguschischen Präsidenten Murat Sjasikow zur Wiederwahl vor. Alle drei sind ehemalige KGB-Angehörige.
13.6.2005	Putin empfängt den britischen Premierminister Tony Blair im Kreml. Die beiden Staatsmänner erörtern die Agenda für den kommenden G-8 Gipfel.
13.6.2005	Der neue russische Botschafter im Irak, Wladimir Tschamow, führt im Rahmen seiner Treffen mit irakischen Politikern ein Gespräch mit dem radikalen Schiitenführer Muqtada al-Sadr.
14.6.2005	Die Rating-Agentur Fitch Ratings erklärt, der Kapitalabzug aus Russland sei im Jahre 2004 der höchste seit 1997 gewesen.
15.6.2005	In Noginsk im Moskauer Gebiet gerät ein Tanklager in Brand. Mindestens zwei Arbeiter werden getötet.
15.6.2005	Der Präsident der Gesellschaft "Russische Eisenbahnen", Gennadij Fadejew, legt sein Amt nieder. Nachfolger wird Wladimir Jakunin. Fadejew tritt als "Gehilfe" zu Ministerpräsident Michail Fradkow.
15.6.2004	Im Gebiet Twer entgleist ein Güterzug. Dabei stürzen 24 mit Öl beladene Tankwaggons um. Mitarbeiter des Katastrophenschutzministeriums werden eingesetzt, um die Umweltschäden zu bekämpfen.
16.6.2005	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass die Untersuchungen im Fall Chlebnikow abgeschlossen sind und zwei Beschuldigte dem Gericht übergeben werden. Der amerikanische Journalist Paul Chlebnikow, Herausgeber von Forbes Russia, war am 9.6.2004 ermordet worden.

Die Chronik wird auch in der Sommerpause weitergeführt. Aktualisierungen finden Sie unter www.russlandanalysen.de

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de